

Haushaltsrede 2024

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats, liebe Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung sowie der Presse und liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

2023 war für Deutschland erneut ein schwieriges Jahr: der Krieg in der Ukraine dauert an, der Nahe Osten brennt, durch die Klimakrise verursachte Hochwasserkatastrophen und das heißeste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen: in der Gesellschaft macht sich Zukunftsangst breit. Zudem erstarken in unserem Land Kräfte, die auf komplexe Fragen angeblich einfache Lösungen bieten wollen, die sich gegen die Demokratie und die Freiheit unseres Landes richten.

Auch hier in Alzenau hatten wir 2023 mit einigen Problemen zu kämpfen: das Wellpappendesaster, Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst, massive Kostensteigerung bei Bauprojekten und steigende Energiekosten.

Auf der anderen Seite gibt es auch manches Positive aus dem letzten Jahr zu vermelden: Das Windkraftprojekt wurde auf den Weg gebracht, das Technologietransferzentrum gegründet, Alzenau ist dem Energiewerk des Kreises beigetreten, wir haben das Fest der Inklusion mit der Delegation aus Paraguay gefeiert und den Grundstein für das zukünftige Gerätehaus der Feuerwehr Michelbach/Kälberau gelegt. Außerdem gehen der Kindergarten in Wasserlos, ein wirklich nachhaltiges Gebäude, der lang hinausgeschobene Bau des Faulturms und der umstrittene Rathausanbau der Vollendung entgegen. Noch dazu haben wir in Alzenau viele sehr aktive Vereine, die das Rückgrat des gesellschaftlichen Lebens in unserer Stadt bilden. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön dafür.

Das alles ist zukunftsweisend, verursacht aber auch erhebliche Kosten, was es dieses Mal noch schwieriger macht als die letzten Jahre einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen, noch dazu, weil die Kreisumlage massiv gestiegen ist.

Das bedeutet Einsparungen: da sehen wir GRÜNE im Haushaltsentwurf Potential für mehr. Die Personalkosten explodieren, nicht nur in den Kindergärten, sondern auch aufgrund der Personalsteigerung im Bereich Verwaltung. Allein in den letzten vier Jahren sind die Stellen dort von 115 auf 148 gewachsen. Das ist dreimal so viel Zuwachs, wie in den fünf Jahren davor. Die Stellenmehrung im Bereich Erziehung, wie gesagt, noch nicht mitgerechnet. Das heißt nicht, dass die Stellen überflüssig sind oder in der Verwaltung nicht gut gearbeitet würde, zwingt uns aber, über mögliche Einsparungen nachzudenken. Grundlage dafür ist das Organisationsgutachten, von dem leider noch keine Ergebnisse vorliegen. Konsequenterweise hieße das: ein Einstellungsstopp bis dahin.

Um die steigenden Baukosten zukünftig einzudämmen, schlagen wir zudem eine Deckelung aller Bauprojekte vor.

Wir sind in Alzenau in der beneidenswerten Lage, über zwei Bäder und fünf Hallen zu verfügen. Dieser Luxus ist natürlich nicht umsonst, sondern schlägt mit ca. 2 Millionen im Jahr zu buche. Die gerade beschlossenen Gebührenerhöhungen decken nur einen Bruchteil der Kosten. Da stellt sich natürlich die Frage, ob wir uns das in Zukunft noch so leisten können. Wir meinen nein. Hier könnten sich neue städtebauliche Möglichkeiten auftun.

Wenn es um vermeidbare Ausgaben geht, sollte man sich – neben dem Stadtratsessen, an dem wir nächstes Jahr sehr gerne wieder teilnehmen, wenn wir selber zahlen dürfen - auch die zahlreichen Feste und die Burgfestspiele anschauen. Deren Defizit wird sich 2024 auf ca. 400.000 Euro belaufen. Die genauen Kosten sind nicht klar bezifferbar, da sie sich aufteilen zwischen den Haushalten der Stadt und der Stadtwerke. Wir von Bündnis 90/ Die Grünen hätten uns auch eine Reduzierung der Feste für dieses Jahr vorstellen können, um Geld zu sparen. Außerdem wäre dann auch Zeit, um neue Konzepte wie Sponsoring und die Gründung von Fördervereinen voranzutreiben.

In diesem Zusammenhang wäre es auch wünschenswert, wenn die Stadtwerke wieder in die Stadtverwaltung eingegliedert werden, um Doppelstrukturen zu vermeiden und die Transparenz zu erhöhen. Auch eine Umstellung der Haushaltsführung auf Doppik würde einen besseren Überblick über die Kosten verschaffen und das Vertrauen der Bürger in die Verwaltung und den Stadtrat stärken. Der Fokus läge dann auf einem ressourcenorientierten Haushalt.

Die Feuerwehr ist eine kommunale Pflichtaufgabe, die in Zeiten des Klimawandels immer wichtiger wird und der wir unbedingt nachkommen müssen, aber sie bindet nicht zuletzt durch seit vielen Jahren überfällige Investitionen auch einen großen Teil des städtischen Haushalts. Daher muss auch hier gespart werden, wo es möglich ist.

Zusätzlich müssen die gestiegenen Kosten auch in Form von Gebührenerhöhungen auf die Bürger umgelegt werden: dazu sind wir als Kommune gesetzlich verpflichtet. Auf Grund dessen wurden die Hallennutzungsgebühren und die Eintritte für die Bäder erhöht.

Auch die Kindergarten- und Hortgebühren werden im laufenden Jahr noch einmal erhöht werden, das schmerzt, ist aber unumgänglich, da durch die bisherigen Einnahmen nur ca. 54 % der Ausgaben gedeckt werden.

Im Zuge der Gleichbehandlung sollten endlich auch die Friedhofsgebühren erhöht werden. Besonders hart treffen die Alzenauer Bürger*innen die gestiegenen Abwassergebühren, die Kostendeckung ist aber vorgegeben. Hier hat man in den letzten Jahren versäumt, eine stetige Erhöhung durchzuführen, da die Planungen zum Faulturm schon über Jahre laufen.

Als letztes Mittel, um das Haushaltsloch zu stopfen, scheint nur die Anhebung der Steuern zu bleiben. Die Bürger*innen müssen sich dessen bewusst sein, dass die Infrastruktur in Alzenau außergewöhnlich gut ist und deren Erhalt leider immer mehr Kosten verursacht.

Im Vermögenshaushalt sind eher Einspartendenzen zu erkennen. So wird z.B. weniger Geld für den Straßenbau ausgegeben. Diese Einsparungen beinhalten aber ebenso, dass auch energetisch dringend erforderliche Sanierungen, obwohl ökonomisch sinnvoll und im

Klimaschutzkonzept ausdrücklich vorgesehen, unterbleiben. Dabei sind Sanierungsmaßnahmen immer auch Sparmaßnahmen.

Um unseren städtischen Wärmebedarf zu ermitteln, muss die kommunale Wärmeplanung schnellstens beauftragt werden.

2026 greift die gesetzliche Verpflichtung, allen Erstklasskindern einen Hortplatz anzubieten. Dazu fehlen bisher schlüssige Konzepte sowohl zum örtlichen wie auch zeitlichen Rahmen der Umsetzung und die bisher eingestellten 100.000 Euro sind eindeutig zu wenig.

Wir vermissen zukunftsweisende Investitionen im Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung. Hier bleibt neben der Anschubfinanzierung für das Windkraftprojekt kein Spielraum für weitere Projekte, wie z.B. Solaranlagen auf Parkplätzen, wie vom Klimabeirat empfohlen.

Ganz besonders fehlen uns die Gelder für die Hochwasservorsorge, wie z.B. für die Renaturierung von Bächen und Entsiegelungen. Was passieren kann, wenn man in diesem Bereich keine Maßnahmen ergreift, zeigen die eindrücklichen Szenarien des Hochwasserschutzkonzepts. Hier bedarf es erheblicher Investitionen. Erste Mulden und Tümpel, die das Wasser im Wald halten, sind im Bereich des Hahnenkamms bereits angelegt worden. Wenn auch die großen Maßnahmen naturnah erfolgen, sind sie zugleich eine Investition in den Naturschutz und wirken gegen den Biodiversitätsverlust.

Der Haushaltsentwurf ist wenig innovativ und richtungsweisend. Es fehlt die Absicht, grundlegende und strukturelle Probleme anzugehen. Investitionen in den Klimaschutz und die Klimaanpassung sind Investitionen in die Zukunft unserer Stadt und ökonomisch sinnvoll.

Die Fraktion Bündnis 90 / die Grünen lehnen den Stellenplan, den Wirtschaftsplan der Stadtwerke, den Haushaltsplan und den Finanzplan ab.